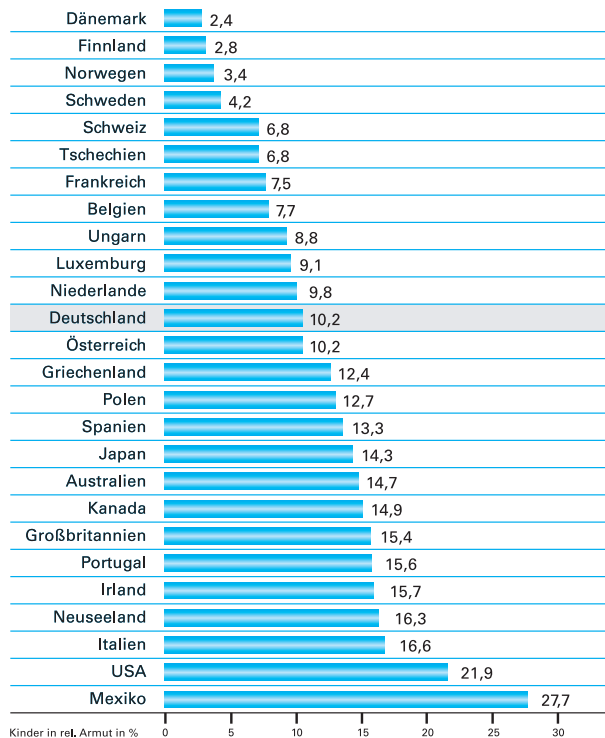


Zusammenfassung der UNICEF-Studie

Kinderarmut in reichen Ländern



Die Tabelle zeigt den prozentualen Anteil von Kindern in relativer Armut nach Ländern. Als relativ arm werden Haushalte mit einem Einkommen, das niedriger als die Hälfte des nationalen Durchschnittseinkommens ist, angesehen.

In den meisten reichen Nationen wächst der Anteil der Kinder, die in Armut leben. In 17 von 24 OECD-Staaten hat sich die Situation von Kindern im Laufe des vergangenen Jahrzehnts verschlechtert. Insgesamt wachsen mehr als 45 Millionen Kinder in den 30 OECD-Staaten in einer Familie auf, die mit weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens auskommen muss. In Deutschland lebt jedes zehnte Kind in relativer Armut, das sind 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Am niedrigsten liegt die Kinderarmut in Dänemark und Finnland (unter drei Prozent). Am höchsten ist der Anteil armer Kinder in den USA und in Mexiko (über 20 Prozent). Zu diesen Ergebnissen kommt die internationale UNICEF-Vergleichsstudie „Child Poverty in Rich Countries 2005“, die ergänzt wird durch eine Teilstudie für Deutschland, erstellt vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) Essen.

In Deutschland ist die relative Kinderarmut seit 1990 stärker gestiegen als in den meisten anderen Industrienationen.

Mit einer Zunahme der Kinderarmut um 2,7 Prozentpunkte liegt Deutschland im internationalen Vergleich auf Platz 18 von 24 Industriestaaten. Den deutlichsten Rückgang relativer Kinderarmut verzeichnet Großbritannien (minus 3,1 Prozentpunkte). Der höchste Anstieg wurde in Polen registriert (4,3 Prozentpunkte).

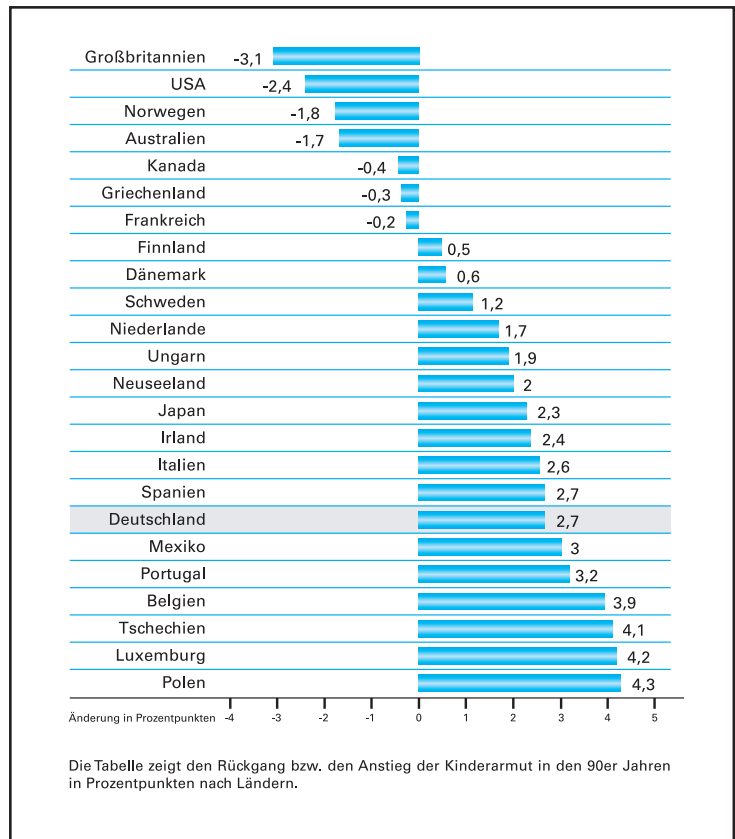
Drei Schlüsselfaktoren - Sozialpolitik, soziale Trends und Arbeitsmarkt - bestimmen maßgeblich, wie viele Kinder in einem reichen Land von relativer Armut betroffen sind.

- **Sozialpolitik:** Die UNICEF-Studie zeigt einen klaren Zusammenhang zwischen der Höhe staatlicher Aufwendungen und der Kinderarmut. In Ländern wie den USA und Italien, die weniger als fünf Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Sozialleistungen ausgeben, leben über 15 Prozent der Kinder in relativer Armut. Staaten, die wie Dänemark, Schweden, Finnland oder Belgien mehr als zehn Prozent ihres Bruttosozialprodukts in Sozialleistungen investieren, schaffen es durchweg, Kinderarmut auf unter zehn Prozent zu drücken.

Im Durchschnitt senken Sozialleistungen und Steuererleichterungen Kinderarmut in Industriestaaten um 40 Prozent gegenüber dem Anteil, der zu erwarten wäre, überließe man die wirtschaftliche Lage der Familien alleine den Kräften des Marktes. Die Staaten mit der weltweit

niedrigsten Kinderarmut, Dänemark, Finnland und Norwegen, unterstützen Familien mit Kindern in besonderem Maße und senken die Armutsrate bei Kindern dadurch um 80 Prozent oder mehr. Staaten mit hoher Kinderarmut reduzieren die jeweilige Rate dagegen nur um zehn bis 15 Prozent. Deutschland liegt auch bei dieser Berechnung im Mittelfeld: Kinderarmut wird hierzulande durch staatliche Interventionen um knapp 44 Prozent abgesenkt.

- **Soziale Trends:** In den Industrieländern sinkt die Zahl der Kinder pro Familie. Gleichzeitig nimmt das Durchschnittsalter der Eltern zu. Dadurch verbessert sich tendenziell die wirtschaftliche Situation der Familien. Andererseits ist in vielen Ländern die Zahl der Alleinerziehenden gestiegen - und damit auch das Armutsrisiko. In Deutschland sind Kinder Alleinerziehender deutlich häufiger arm als Kinder, die mit Vater und Mutter aufwachsen.



- **Arbeitsmarkt:** Die Daten aus 13 OECD-Ländern, darunter auch Deutschland, zeigen, dass heute mehr Mütter besser ausgebildet sind. Auch der Anteil berufstätiger Mütter stieg in zehn Ländern, auch in Deutschland. Trotzdem haben die Familieneinkommen häufig nicht zugenommen. Denn vor allem am unteren Ende der Lohnskala sind die Einkommen der Väter in vielen Ländern deutlich gesunken. Besonders dramatisch ist diese Entwicklung in Ungarn und in Deutschland verlaufen. In Ungarn sanken die Einkommen von Vätern in den 90er Jahren in den unteren zehn Prozent der Einkommensskala um 76 Prozent, in Deutschland um 22,7 Prozent. In den USA ist die gegenüber 1990 etwas niedrigere Rate der Kinderarmut vor allem auf die bessere Lage am Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Sozialausgaben steigen - doch kaum zugunsten von Kindern

Der Bericht untersucht in 28 OECD-Ländern die Verteilung der Sozialbudgets nach Kategorien wie Altersvorsorge, Gesundheitssysteme und Zuwendungen für Familien mit Kindern. Mehr als die Hälfte der Länder gaben im Laufe der neunziger Jahre mehr für Sozialleistungen aus. Die meisten zusätzlichen Ausgaben sind in vielen Staaten jedoch in Altersrenten und in die Gesundheitssysteme geflossen. Dies trifft auch für Deutschland zu. In vielen Ländern sind - trotz eines allgemeinen Anstiegs des Sozialbudgets - die Ausgaben, die Kinder und Familien zu gute kommen, sogar gesunken.

Gleiche Ausgaben - unterschiedliche Wirkungen

Die Höhe der Sozialausgaben entscheidet nicht allein über das Ausmaß von Kinderarmut. So geben zehn OECD-Länder, darunter auch Deutschland, einen ungefähr gleich hohen Teil ihres Bruttosozialprodukts - zwischen sieben und zehn Prozent - für die soziale Absicherung von Familien aus. Trotzdem gibt es zwischen diesen Ländern beträchtliche Unterschiede bei der Armutsrate: Sie variiert von 3,4 Prozent in Norwegen über 10,2 Prozent in Deutschland bis zu über 15 Prozent in Neuseeland und Großbritannien. Offenbar hängt viel von der Art und Weise der Zuwendungen und ihrer Verteilung ab.

Wie unterschiedlich sich ähnlich hohe Sozialausgaben auf Kinderarmut auswirken können, lässt sich am Beispiel von Frankreich und Großbritannien illustrieren. In Frankreich gibt es ein breites

System sozialer Unterstützung, das sich nicht auf eine bestimmte Altersgruppe konzentriert, von dem Kinder aber offenbar in hohem Maß profitieren. In Großbritannien unterstützt die Regierung dagegen sehr gezielt insbesondere Familien mit kleinen Kindern und geringem Einkommen. Trotzdem ist Kinderarmut in Großbritannien doppelt so häufig wie in Frankreich. Das Problem in Großbritannien ist: Arme Familien mit Kindern bestreiten ihren Lebensunterhalt zu einem sehr hohen Teil aus staatlicher Unterstützung und nur zum geringen Teil aus bezahlter Arbeit. Dies weist auf ein zentrales Dilemma hin. Wenn die Regierung die Sozialausgaben nur auf besonders bedürftige Menschen konzentriert, geht die Hilfe zwar dorthin, wo sie besonders gebraucht wird. Gleichzeitig besteht aber die Gefahr, dass die Unterstützungszahlungen die Eigeninitiative lähmen. Die Menschen finden keine Arbeit und bleiben in der Armutsfalle.

Was getan werden muss:

Der UNICEF-Bericht gibt den Regierungen klare Empfehlungen, was sie tun sollten, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen.

- **Haushalts- und Sozialpolitik an den Bedürfnissen von Kindern ausrichten:** Kinder sind die schwächsten Glieder der Gesellschaft und sie sind ihre Zukunft. Sie vor Entbehrungen und Ausgrenzung zu schützen, ist deshalb sowohl Markstein für eine zivilisierte Gesellschaft als auch das Mittel, um den Lebensstandard und den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft insgesamt zu verbessern. Jede Regierung muss ihr Handeln danach ausrichten und dabei vor allem auf das Zusammenwirken der Faktoren achten, die das wirtschaftliche Wohlergehen von Kindern bestimmen: Familie, Markt und Staat.
- **Kinderarmut definieren und kontrollieren:** Es reicht nicht aus, Kinderarmut allein am Einkommen zu messen. Zwar ist der Einkommensvergleich ein wichtiger Indikator und eine praktikable Methode bei internationalen Vergleichen. Darüber hinaus muss aber jedes Land für sich Indikatoren festlegen, welche Bedürfnisse zum Beispiel hinsichtlich Bildung und Gesundheitsfürsorge erfüllt werden müssen, damit Kinder nicht ausgegrenzt werden, sondern einen Platz in der Gesellschaft finden.
- **Klare Ziele für die Reduzierung von Kinderarmut festsetzen:** Ein realistisches Ziel für die meisten OECD-Länder ist die Reduzierung der Kinderarmutsrate auf unter zehn Prozent. Dafür müssen klare Zeitvorgaben festgelegt werden. Zusätzlich sollte jede Regierung bei Amtsantritt veröffentlichen, wie hoch die Rate der Kinderarmut gemessen am Durchschnittseinkommen ist, und dies als Messlatte festlegen, hinter die man auf keinen Fall zurückfallen darf, auch wenn sich die wirtschaftliche Situation insgesamt verschlechtert.

Kinderarmut in Deutschland

Die Teilstudie für Deutschland zeigt erstmals die langfristigen Veränderungen von Kinderarmut anhand von Haushaltsdaten auf. Relative Kinderarmut hat sich - gemessen am durchschnittlichen Jahreseinkommen von 2001 - um 2,7 Prozentpunkte gegenüber 1990 erhöht. Um immer noch 1,2 Prozentpunkte erhöht sich die Rate, wenn als Maßstab für relative Kinderarmut das Durchschnittseinkommen von 1990 zugrunde gelegt wird. Mehr als jedes zehnte Kind unter 18 Jahren wächst hierzulande in relativer Armut auf - das sind 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche.

In Westdeutschland hat sich Kinderarmut seit 1989 mehr als verdoppelt - von 4,5 Prozent auf 9,8 Prozent in 2001. In Ostdeutschland hat sich der Anteil armer Kinder seit 1991 von 8,3 auf 12,6 Prozent erhöht.

Kinderarmut steigt in Deutschland schneller als die Armutsrate im Schnitt der Bevölkerung. Noch Anfang der neunziger Jahre waren Kinder und Erwachsene im gleichen Ausmaß von relativer Armut betroffen. Seit 1994 verändern sich diese Proportionen. **Kinder sind jetzt deutlich häufiger arm als Erwachsene:** Über zehn Prozent der Kinder, aber nur 8,8 Prozent der Erwachsenen ohne Kinder müssen als relativ arm eingestuft werden.

Trotzdem sind **Kinder per se kein Armutsrisiko**. So sind Paare mit bis zu zwei Kindern nur zu etwas mehr als drei Prozent von Armut betroffen. Im krassen Gegensatz dazu steht die Situation Allein-

erziehender. Sie - und ihre Kinder - sind am häufigsten von Armut betroffen: Fast 40 Prozent von ihnen sind relativ arm. **Kinder Alleinerziehender** sind nicht nur häufiger arm, sondern bleiben es auch über längere Zeiträume. Ihre Chance, der Armut wieder zu entkommen, liegt deutlich niedriger als bei allen anderen untersuchten Bevölkerungsgruppen.

Der stärkste Anstieg von Kinderarmut ist bei **Kindern aus Zuwandererfamilien** zu verzeichnen. In den neunziger Jahren verdreifachte sich der Anteil armer Kinder in dieser Bevölkerungsgruppe von fünf auf 15 Prozent. Dieser Anstieg liegt weit über dem Durchschnitt und trägt maßgeblich zum Gesamtanstieg der Kinderarmut in Deutschland bei.

Seit Mitte der 90er Jahre liegt die Armutsrate bei Kindern in Zuwandererfamilien deutlich höher als bei deutschen Kindern. Zusammengefasst lässt sich sagen: Je kürzer die Ankunft der Familie in Deutschland zurückliegt, desto größer ist das Armutsrisiko für die Kinder.

Sozialleistungen für Kinder in Deutschland weniger wirksam

Zwar reduziert die Bundesregierung durch Kindergeld, Steuererleichterungen und andere sozialpolitische Maßnahmen die Kinderarmut erheblich. Doch sie tut damit sehr viel weniger als Schweden, Finnland oder Dänemark. Schweden zum Beispiel hat eine ähnliche Ausgangslage wie Deutschland. Ohne staatliche Interventionen würde die „marktbedingte“ Kinderarmut dort wie in Deutschland 18 Prozent betragen. Trotzdem schafft es die schwedische Sozialpolitik, Kinderarmut auf nur 3,4 Prozent zu senken, das ist ein Drittel der Rate in Deutschland.

Zudem lässt die Wirkung der Maßnahmen zugunsten von Familien mit Kindern nach: Anfang der neunziger Jahre verringerten staatliche Leistungen Kinderarmut noch um rund 52 Prozent, 2001 nur noch um knapp 44 Prozent.

Staatliche Maßnahmen zugunsten von Familien mit Kindern wirken sich in Ostdeutschland stärker aus als in Westdeutschland und tragen so dazu bei, das Ost-West-Gefälle in puncto Kinderarmut zu verringern. Im Osten senkt der Staat Kinderarmut um 53 Prozent, im Westen um rund 40 Prozent.

Daten und Quellen

Das UNICEF-Forschungsinstitut Innocenti, Florenz, vergleicht in der Studie „Child Poverty in Rich Countries 2005“ die jeweils aktuellsten verfügbaren Daten aus den 30 OECD-Staaten und untersucht die Ursachen für die steigende Kinderarmut. Die Studie basiert vor allem auf Daten der sogenannten „Luxemburg Income Study 2004“. Diese wertet die Sozialstatistiken der OECD-Staaten aus. Bei dem Ländervergleich folgt UNICEF der Armutsdefinition der Europäischen Union. Danach gilt derjenige als arm, dessen Einkommen weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens in einem Land beträgt. In Deutschland lag die Armutsgrenze demnach in 2001 bei 8.700 Euro pro Jahr und Person, das sind 725 Euro monatliches Nettoeinkommen - inklusive aller Sozialleistungen.

Die internationale Studie wird ergänzt durch die Analyse „A Portrait of Child Poverty in Germany“, die das RWI Essen für UNICEF erstellt hat. Darin wurden insbesondere die Daten des Sozio-Ökonomischen Panels, eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte in Deutschland, ausgewertet.

Mehr Information

Die Studien „Child Poverty in Rich Nations 2005“ und „Portrait of Child Poverty in Germany“ stehen in englischer Sprache im Internet zum Download bereit unter **www.unicef.de**